

Prof. Dr. Werner Schiffauer: Islamistische Einflüsse auf die Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf Integration und Sicherheit.

- Stellungnahme zum Themenkatalog der Fraktionen des Deutschen Bundestags -

Grundsätzliches zum Anhörungsgegenstand

1. Bei der gegenwärtigen Herausbildung des europäischen Islam beobachten wir eine ähnliche Ausdifferenzierung, wie sie auch das Diaspora-Judentum charakterisiert. (1.) Der *werteplurale Islam* sieht den Islam als wichtigen Teilbereich des Lebens, lehnt es aber ab, das Leben von der Religion aus systematisch durchzugestalten. Dieser Islam verknüpft sich in der Regel mit dem Wunsch nach individueller Integration in die europäischen Gesellschaften (2.) Der *rechtgläubig systematische Islam* will ein konsequent islamisches Leben, das an Koran und Sunna ausgerichtet ist, innerhalb der europäischen säkularen Zivilgesellschaft realisieren. Die Vertreter dieser Position betonen das Recht auf Besonderheit und Differenz und kämpfen für die Rechte von Muslimen in der europäischen Gesellschaft (3) Der *ultraorthodoxe Islam* geht der von der Position aus, dass ein wahrhaft islamisches Leben nur in einer islamischen Lebensordnung möglich ist. Diese Position hat einen revolutionären (nicht notwendigerweise gewaltbereiten) Flügel, der in Europa die Basis für die Islamisierung der islamischen Welt sieht, und einen quietistischen Flügel, der den Rückzug in islamische Lebenswelten vertritt.

2. Das Interesse der Mehrheitsgesellschaft liegt darin, dass überzeugende Gegenpositionen zum ultraorthodoxen Islam (vor allem in seiner revolutionären Ausprägung) entwickelt werden. Dies kann nach übereinstimmender Meinung von Experten nur von innen, d.h. aus den islamischen Gemeinden heraus geschehen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Prozess den Gemeinden zu, in denen es zu einer Überwindung der ehemaligen islamistischen Ausrichtung gekommen ist und die heute für einen rechtgläubig systematischen Islam europäischer Prägung eintreten. In diesen Gemeinden - und nur in diesen Gemeinden - findet die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Ultraorthodoxie statt. Hier werden die entscheidenden Gegenpositionen zum Islamismus entwickelt: Ein methodischer Islam kann auch innerhalb der westlichen Demokratie gelebt werden und westliche und islamische Lebensordnungen stehen nicht im Widerspruch zueinander. In diesem Zusammenhang werden

neue Positionen zur Scharia, zum Cihad, zur Frauenfrage entwickelt. Derartige Fragen stellt sich für die wertpluralistische Position gar nicht, weil sie von vorne herein die Religionsausübung auf den Privatraum beschränkt wissen will. Die Entwicklung derartiger Positionen in den konservativen Gemeinden ist auch deshalb wichtig, weil dies verspricht nach wie vor islamistisch gesonnene Kreise in den Gemeinden in die demokratische Ordnung einzubinden.

3. Die gegenwärtige Islampolitik des Bundes und der Länder wird offenbar von dem Gedanken geleitet, dass orthodoxe Gemeinden "Einstieg" in islamistisches Gedankengut ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird erheblicher Druck gerade auf diese Gemeinden ausgeübt. Dies geht von Polizeikontrollen vor Moscheen bis zur Verweigerung der Staatsbürgerschaft. Dies ist zwar auf dem Hintergrund von Terroranschläge verständlich, wird sich aber langfristig kontraproduktiv auswirken. Sie führt dazu, dass die Position der Reformen in der Gemeinde systematisch geschwächt wird. Konservativere Kreise werfen ihnen vor, dass sich ihre Politik der Öffnung nicht auszahlt. Befürworter einer Parallelgesellschaft gewinnen Gehör. Potenzielle Reformen wandern ab und wenden sich enttäuscht der Ultraorthodoxie zu oder resignieren und ziehen sich verbittert zurück. Der Sicherheitslage ist langfristig besser gedient, wenn die orthodoxe Position nicht in die Ultraorthodoxie abtreibt.

An die Stelle einer Politik des Drucks muss eine kluge Politik der Differenz treten. Diese muss positive Entwicklungen in den Gemeinden wahrnehmen und sie unterstützen; sie muss eine Politik der Einbindung anstelle der Ausgrenzung sein und sie muss dem legitimen Bedürfnis nach dem Recht auf Differenz Rechnung tragen, solange es nicht mit der Verfassung kollidiert.

Beantwortung der Fragen des Innenausschusses

Bei der Beantwortung der Fragen der Fraktionen geht es mir insbesondere darum, die Potenziale für eine Überwindung des Islamismus aus dem Kreis der islamischen Gemeinden heraus zu stellen. Dies bedeutet nicht, dass in den Gemeinden nicht auch andere Stimmen laut

werden.

Themenkreis 1: Grundsätzliches zu islamistischen Vereinigungen

Was ist Islamismus? - Abgrenzung zu religiös-fundamentalistischen Gruppen

Es gibt mehrere Definitionen des Islamismus.

a) Am weitesten ist die Definition des Islamismus als *reflexiver Islam*. Damit ist eine geistige Grundhaltung gemeint, in der die Gläubigen sich eigenständig und in einer kritischen Auseinandersetzung mit “der Tradition” den heiligen Schriften (Koran und Hadith) zuwenden. Diese Form der Zuwendung wird gelegentlich als islamische Reformation (Eickelman) bezeichnet, insofern sie mit der christlichen Reformation die Bewegung “ad fontes” (‘zurück zu den Quellen’) teilt.

b) Enger ist die Definition des Islamismus als *politischer Islam*. Dies bedeutet, dass aus der Religion politische Konsequenzen für die Gestaltung des öffentlichen Raum abgeleitet werden. Dies umfasst Positionen, die von der Unvereinbarkeit von Demokratie und Islam ausgehen ebenso wie Positionen, die Islam und Demokratie als wesenverwandt charakterisieren, und die den Islam im säkularen Rechtsstaat vertreten wollen. Zu den letzteren gehören die Nurcu Bewegung und die Islamische Gemeinde Milli Görüs.

c) Islamismus bezeichnet drittens die Position, die behauptet, dass ein wahrhaft islamisches Leben nur in einem islamischen Staat oder in einer islamischen Gesellschaft denkbar ist. Aus dieser Forderung wird die Notwendigkeit einer Politik der grundsätzlichen islamischen Umgestaltung islamischer Länder abgeleitet. Aus dieser Frontstellung leitet sich auch eine Opposition von Islam und Westen ab. Unter den türkischen Gemeinden ist nur der Kalifatsstaat des Metin Kaplan in diesem Sinn islamistisch.

Die Abgrenzung von islamistischen und religiös fundamentalistischen Gruppen ist nicht scharf vollziehbar.

Einstellung zu Demokratie und rechtstaatlichen Prinzipien (z.B. Gleichberechtigung von Mann und Frau)

Die Einstellung zu Demokratie und rechtstaatlichen Prinzipien ist Gegenstand einer intensiven Diskussion in den orthodoxen und ultraorthodoxen Gemeinden.

Die islamistische Position in engen Sinn vertritt die Unvereinbarkeit von demokratischer Konfliktkultur und einer, auf der Scharia basierenden, islamischen Verfassung. Sogar die Kaplan-Gemeinde hat die Ablehnung der Demokratie jedoch ausschließlich auf die islamischen Länder bezogen. Für die nicht-islamischen Länder gilt im Allgemeinen die Position, dass der Islam jede politische Ordnung respektiert, die das Recht auf freie Religionsausübung gewährleistet.

Die Führungsspitzen der orthodoxen Gemeinden vertreten die Auffassung, dass der Islam die Frage der staatlichen Ordnung offen halte, dass also verschiedene Regierungsformen mit der islamischen Ordnung kompatibel seien. Auf Grund des Religionsschutzes und der Sozialpflichtigkeit des Einkommens wird insbesondere die Verfassung der Bundesrepublik als vereinbar mit islamischen Werten gesehen.

In Bezug auf die Stellung der Frau geht man von Differenz und Gleichheit der Geschlechter aus. Es wird von einer "gottgewollten" Differenz der familialen Rollenbereiche ausgegangen. Dies geht bei allen Gruppen in Deutschland jedoch einher mit einer grundsätzlichen Bejahung von weiterführender Ausbildung auch für Mädchen. Eine solide schulische und/oder universitäre Ausbildung gilt für die Erfüllung der Verantwortung in der Familie als zentral.

Während die ultraorthodoxen Gemeinden, wie der Kalifatsstaat, die Berufstätigkeit der Frau außerhalb des Hauses grundsätzlich ablehnen, sind orthodoxe Gemeinden diesbezüglich offen - soweit es nicht mit den Aufgaben in der Familie kollidiert. Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Recht, das Kopftuch auch am Arbeitsplatz tragen zu dürfen, zielen darauf ab, recht-gläubigen muslimischen Frauen die Arbeitstätigkeit außerhalb des Hauses zu ermöglichen.

Es gibt eine zunehmend wachsende Frauenbewegung, sowohl in orthodoxen als auch in ultraorthodoxen islamischen Gemeinden. Von ihr wird der Patriarchalismus der Männer als

Abweichung vom eigentlichen Islam verurteilt. Die Kritik richtet sich vor allem gegen erzwungene Ehen, gegen häusliche Gewalt, und gegen Autoritarismus, der mit religiösen Geboten begründet wird.

Bereitschaft zum Dialog

Im interreligiösen Dialog erscheint es mir zentral, dass gemeinsame religiöse Interessen identifiziert werden - und darüber zur Kooperation zu gelangen. Diese Interessen können sich auf gemeinsame Plattformen gegen alle Formen rassistischer Gewalt beziehen; auf die Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Themen (wie Schutz des ungeborenen Lebens) oder auf die Ablehnung von Terrorismus. Derartige Interessenbündnisse bilden Vertrauen.

Islamismus und Antisemitismus

Es gibt einen wachsenden Antisemitismus unter der muslimischen Bevölkerung. Dies hängt mit den Spannungen in Palästina und der generell als parteiisch eingeschätzten Haltung des Westens zusammen. Die zu prüfende Frage ist, wie die Gemeindeführungen sich zu dieser Stimmung unter den Gemeindegliedern verhalten: Gießen sie Öl in das Feuer oder versuchen sie seitens der Gemeinde dagegen zu wirken? Auf diesem Hintergrund ist es bedeutsam, wenn beispielsweise die Führungsspitze der IGMG in Presseerklärungen antisemitische Ausschreitungen verurteilt oder wenn jüdische Gemeinden zum Iftar Essen im Ramadan eingeladen werden. Wichtig ist ebenfalls, wenn positive Anknüpfungspunkte registriert und hervorgehoben werden, die aus der Gemeinsamkeit von religiösen Minderheiten resultieren. Vor allem von Mitgliedern der zweiten Generation in dieser Gemeinde wurde positiv vermerkt, dass die jüdische Gemeinde energisch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auftrat. Sie erschien damit als potenzieller Bündnispartner. Wiederholt wurde auch herausgestellt, dass sowohl Judentum wie Islam Opfer von Verschwörungstheorien wurden.

Einfluss auf integrationsbereite Muslime in Deutschland

Es gab Pressemeldungen, die ich nicht überprüfen konnte, dass in manchen Stadtteilen, Frauen, die nicht dem islamischen Erscheinungsbild entsprechen, gemobbt würden. Dies ist auf jeden Fall nicht auszuschließen.

Derartiger Druck entsteht in der Regel von unten. Je stärker eine Minderheit das Gefühl hat, für das Recht auf Anerkennung ihrer Besonderheit kämpfen zu müssen, desto mehr tendiert sie dazu, Geschlossenheit zu demonstrieren (“nur gemeinsam ist man stark”) und desto lauter werden Loyalitätsforderungen laut. Entscheidend ist auch hier die Frage, wie sich die Gemeindeführungen zu derartigen Aktionen seitens (in der Regel jugendlicher) Gemeindeangehörigen verhalten. In der Regel wird man zumindest orthodoxe Gemeinden zur Kooperation gegen solche Ausschreitungen gewinnen können. Die weitgehend akzeptierte Meinung ist, dass Forderungen, die sich aus dem religiösen Gesetz ableiten, nicht mit Zwang oder Druck durchgesetzt werden dürfen.

Themenkreis 2: Islamistischer Einfluss auf Bildungseinrichtungen in Deutschland

Kontrollmöglichkeiten der Einflussnahmen auf Lehrpläne und außerschulische Bildungsaktivitäten durch deutsche Aufsichtsbehörden und Konsequenzen für die künftigen Umgang mit islamistischen Bildungseinrichtungen/ denkbare Alternativen

In orthodoxen Gemeinden (vor allem der IGMG) wurde wiederholt der Wunsch geäußert, mit deutschen Stellen, beispielsweise Arbeitsämtern, bei der Bildungsarbeit zu kooperieren. Dies würde es erlauben, das Angebot etwa an Sprachkursen in Moscheen zu erhöhen. Auf der lokalen Ebene wird dies auch bereits praktiziert. Dieses Interesse ist äußerst interessant, insofern damit die Chance verbunden ist, eine Population zu erreichen, die sonst für Bildungsinitiativen nicht zugänglich ist. Auch wäre damit ein wünschenswerter Schritt in Richtung auf Transparenz gegeben. Im Augenblick sind die deutschen Behörden zurückhaltend, weil sie das Gefühl haben, mit einer solchen Kooperation islamistische Vereinigungen unterstützen. Ich schätze jedoch die Bedeutung von Schritten, die die Moscheen in die Sozial- und Bildungspolitik einbeziehen als vielversprechender ein, als den Ausbau formaler Kontrollen.

Gefahr des Entstehens von Parallelgesellschaften durch eigene Bildungseinrichtungen und Jugendarbeit

In der Diskussion um Parallelgesellschaft werden in der Regel zwei Aspekte vermischt, nämlich (1.) die Rolle der sozioökonomischen Faktoren (Bildung von Einwanderervierteln, schulische Segregation, Entstehung von Ghettoökonomien) und (2.) die Rolle der islamischen Gemeinden: Die Frage ist, ob die Zugehörigkeit zur Gemeinde tendenziell zur Verfestigung von Ghettostrukturen beiträgt oder sie abschwächt. Im Prinzip ist beides denkbar. (1) Die Gemeinde stellt einen "parallelgesellschaftlichen" Kommunikationsraum zur Verfügung, überhöht (und legitimiert) die Differenz zur Mehrheitsgesellschaft und reduziert damit die Motivation, sich auf die Gesamtgesellschaft zuzubewegen. Oder: (2) Eine starke Gemeindebindung wirkt sozialen Zerfallstendenzen (Rauschgift, Delinquenz) entgegen; sie wirkt stabilisierend für den Aufbau von Persönlichkeitsstrukturen und schafft damit die Basis für die Überwindung von Ghettostrukturen. Aus dem empirischen Material (und auch aus der Religionsgeschichte) lassen sich starke Hinweise dafür entnehmen, dass vieles für die zweite These spricht. Das integrative Potenzial gerade konservativer Gemeindereligiosität kann erheblich sein. So wirkt ein konservatives islamisches Milieu oft sozialen Zerfallstendenzen entgegen. Auch tendieren konservativ islamischen Elternhäuser oft mit Nachdruck dazu, den Kindern eine Schulausbildung zu ermöglichen. Ebenfalls gewinnt man den Eindruck, dass das Selbstvertrauen, das islamische Gemeinden Kindern und Jugendlichen vermitteln, positiven Einfluss auf Schulerfolg hat.

Es ist hervorzuheben, dass einige Bildungsinitiativen beispielsweise aus rechtgläubig-konservativen Gemeinden der Entstehung von Parallelgesellschaften direkt entgegen wirken. Dies ist etwa der Fall, wenn die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs Nachhilfeunterricht in Moscheeräumen organisiert oder Eltern bewusst ermutigt werden, Söhne und Töchter auf weiterführende Schulen zu schicken.

Islamistische Aktivitäten an deutschen Hochschulen

An den Universitäten ist die gesamte Bannbreite islamischer Positionen präsent. Allerdings

ist der Einfluss revolutionär islamistischer Positionen, wie sie vom Kalifatsstaat und der Hizb-ut Tahrir vertreten werden, an den Universitäten größer als in der Gesamtgesellschaft. Dies liegt daran, dass Studenten aus mehreren Gründen ein besonders gesellschaftskritisches und mobilisierbares Potenzial darstellen. (1) Studenten befinden sich in einer peripheren Lage zur Gesamtgesellschaft, insofern sie nicht in den Arbeitsmarkt und wenig in familiäre Strukturen eingebunden sind. (2) Die Ausbildung in den meisten akademischen Fächern darauf hinausläuft, Alternativen zu existierenden Strukturen zu entwickeln. Es wird also Kritik am (3) Studenten sind sensibler für Diskriminierung und Ausgrenzung als andere Bevölkerungskreise - und zwar weil eine akademische Ausbildung immer ein Versprechen auf einen sozial anerkannten Status enthält. (4) Wenn zu diesen Faktoren das Gefühl massiven Unrechts tritt, entfaltet sich leicht ein revolutionäres Potenzial.

Themenkreis 3: Bedeutung von Moscheevereinen und anderen religiösen Vereinigungen

Wachsender Fundamentalismus von Moscheegemeinden

Ich kann die These vom wachsenden Fundamentalismus von Moscheegemeinden nicht teilen. Verfolgt man die Entwicklung der Moscheegemeinden, so gab es einen Höhepunkt religiöser Begeisterung in den achtziger Jahren, der im Zusammenhang mit der islamischen Revolution im Iran stand. Seitdem ist eine Abschwächung zu beobachten. Entscheidend für das Gefühl eines wachsenden Fundamentalismus in Kreisen der deutschen Öffentlichkeit scheint mir die gewachsene Aufmerksamkeit gegenüber dem Islam zu sein.

Auslegung der Scharia durch islamistische Vereinigungen in Deutschland

Grundsätzlich ist zunächst darauf hinzuweisen, dass der sunnitische Islam (wie das Judentum) eine Gesetzesreligion ist und deshalb ein Bekenntnis zur Scharia für die überwiegende Mehrheit der gläubigen sunnitischen Muslime zentrales Element ihres Glaubens ist.

Entscheidend ist, wie die Scharia auf die gegenwärtige Gesellschaft bezogen wird. Diesbezüglich herrscht keine Einmütigkeit. Der Kalifatstaat ging davon aus, dass die

Offenbarung an allen Orten und zu allen Zeiten Gültigkeit besitzt - so dass man im Prinzip den Koran als Grundgesetz nehmen könnte. Auch die Islamischen Kulturzentren (Süleymanci) tendieren zu einer konservativen Interpretation, die zeitgemäße Interpretationen der Überlieferung als unerlaubte Neuerung ablehnen. Die Milli Görüs Bewegung hat dagegen immer schon (und auch in Bezug auf die Türkei) am Ictihad (d.h. der Weiterentwicklung der Tradition der Rechtschulen) festgehalten. In Bezug auf Europa wurde daraus die Position abgeleitet, dass mit der dauerhaften Einwanderung von Muslimen ein neuer Rechtsbestand gegeben ist, der in der bisherigen islamischen Rechtslehre nicht vorgesehen war. Dies bedeutete, dass die islamische Rechtslehre für die Situation von islamischen Minderheiten neu zu lesen ist. Die Frage stellt sich damit wie das geoffenbarte - und damit göttliche - Recht in dieser neuen Situation umzusetzen ist. Man sucht mit anderen Worten nach rechtlich einwandfreien Lösungen für neue Problemstellungen. Ich sehe in dieser Entwicklung eine Chance für die Weiterentwicklung des islamischen Rechts.